

Anzeigenstatistik im zweiten Pandemiejahr 2021 weiter rückläufig

Utl: Herausforderung Internet- und Schlepperkriminalität

2021 ist die Gesamtkriminalität um 5,3 Prozent gesunken. Die Klärungsquote konnte auf 55,3 Prozent gesteigert werden. Die Eigentumsdelikte sind erneut zurückgegangen, die Kriminalität im Internet und die Schlepperei zählen zu den Herausforderungen für die Kriminalpolizei.

(Wien, 15. Februar 2022) Die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeigt für 2021 zum zweiten Mal in Folge einen signifikanten Rückgang der Gesamtanzeigen um 5,3 Prozent oder 22.854 Anzeigen (2020: 433.811, 2021: 410.957). Das bedeutet erneut den niedrigsten Wert seit Beginn der elektronischen Datenerfassung im Jahr 2001. Die Corona-Pandemie und die gesetzten Maßnahmen zu deren Eindämmung haben diesen kontinuierlichen Rückgang deutlich beschleunigt. Zugleich konnte die Aufklärungsquote um einen Prozentpunkt auf 55,3 Prozent gesteigert werden (2020: 54,2 Prozent). Das fünfte Jahr in Folge liegt die Aufklärungsquote über 50 Prozent, auch hier gibt es seit Beginn der elektronischen Datenerfassung im Jahr 2001 einen Höchstwert zu verzeichnen.

Die Kriminalität im Internet steigt weiter

Die Internetkriminalität ist auch 2021 wieder enorm gestiegen: Mit 46.179 Anzeigen wurde eine Zunahme von 28,6 Prozent verzeichnet (2020: 35.915). Die reale Welt hat sich in den letzten beiden Pandemie Jahren sehr stark in das Internet verlagert, für die Kriminellen haben sich neue Zielgruppen ergeben. Fast die Hälfte der Internetdelikte fallen auf Betrugsdelikte: 2021 wurden 22.440 Fälle von Internetbetrug angezeigt, ein starkes Plus von 19,5 Prozent (2020: 18.780). Der Bestellbetrug – sowohl Käufer- als auch Verkäuferseitig – ist der mit Abstand größte Bereich, gefolgt von unbefugten Abbuchungen von Bankkonten der Opfer. Hier waren vor allem die „FluBot“-Attacken, die Mitte des Jahres 2021 stark auftraten, verantwortlich. Aber auch der digitale Investmentbetrug schlug sich 2021 nieder. Enorm gestiegen sind 2021 auch die Cybercrime-Delikte im engeren Sinne wie Hacking, Datenbeschädigung oder -fälschung und der Datenverarbeitungsmissbrauch (plus von 19,9 Prozent auf 15.484 Anzeigen, 2020: 12.914). Der Online-Kindesmissbrauch hat mit 1.921 Anzeigen erneut den traurigen Höchststand der letzten 10 Jahre erreicht. Nach einem Rückgang 2020 sind 2021 auch wieder die Erpressungsdelikte im Internet sprunghaft angestiegen. Über 1.800 Anzeigen wurden von der Polizei bearbeitet. Der Großteil der Fälle betrifft den Einsatz von Schadsoftware mit anschließender Lösegeldforderung für die Datenentschlüsselung. Hier zählten vor allem Unternehmungen zu den Opfern. Andererseits sind die Fälle von Sextortion stark angestiegen.

Die Polizei setzt einen ihrer strategischen Schwerpunkte auf die Bekämpfung der Internetkriminalität: Es wird sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Steigerung des Personals geben. Das Cybercrime-Competence-Center im Bundeskriminalamt wird auf über 100 Stellen aufgestockt. Außerdem wird bei der laufenden Kriminaldienstreform auf die Aus- und Weiterbildung der Polizistinnen und Polizisten gesetzt und die Präventionsarbeit bei der Initiative GEMEINSAM.SICHER verstärkt. Um auf aktuelle Betrugsphänomene rasch reagieren zu können, wurde im Sommer 2021 ein spezielles Auswertungsteam in der Abteilung für

Wirtschaftskriminalität eingerichtet, das täglich neue Betrugsphänomene screent und analysiert, Strategien erarbeitet und zielgruppengerechte Präventionsarbeit in die Wege leitet.

Schlepperkriminalität im Fokus

Die Schlepperkriminalität hat in den letzten drei Jahren wieder deutlich zugenommen. 2021 wurden 3.570 Fälle (§114 Fremdenpolizeigesetz) verzeichnet, ein Plus von mehr als 100 Prozent. Besonders betroffen sind die Bundesländer Burgenland und Niederösterreich. Im Bundeskriminalamt wurden daher bereits im Dezember 2021 die Themenfelder Schlepperei, Menschenhandel sowie jener Delikte, die damit in Zusammenhang stehen, in eine eigene Fachabteilung mit 50 Expertinnen und Experten zusammengefasst, um die Kommunikationswege zu verkürzen und die Expertise zu zentrieren. Seit Juli 2018 geht die Polizei bereits sehr erfolgreich gegen den Sozialleistungsmissbrauch in Österreich vor. Das Ergebnis: Die Zahl der Anzeigen konnten jährlich gesteigert werden. 2021 wurden 4.346 Anzeigen bearbeitet, ein Anstieg um fast 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Gewaltkriminalität steigt leicht an

Zu den Gewaltdelikten zählen Handlungen gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit und gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung. Im ersten Pandemiejahr 2020 wurden 67.051 Delikte zur Anzeige gebracht, ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr und der niedrigste Wert der letzten Jahre. Im zweiten Pandemiejahr 2021 ist die Zahl der Anzeigen wieder geringfügig um 0,6 Prozent gestiegen (2021:67.441). 86,2 Prozent der angezeigten Gewaltdelikte konnten aufgeklärt werden. 2021 hat die Polizei ein Bündel an rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen umgesetzt: Die Zahl der ausgesprochenen Betretungs- und Annäherungsverbote ist 2021 auf 13.690 gestiegen (2020: 11.652), 11.238 Gefährderinnen und Gefährder wurden 2021 weggewiesen (2020: 9.689). Die Beratungsstellen für Gewaltprävention sind in ganz Österreich eingerichtet und übernehmen seit September 2021 die verpflichtenden Beratungen für Gefährderinnen und Gefährder. 3.832 Personen wurden 2021 von diesen Stellen beraten. Auch die Zahl der Sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen konnte 2021 auf 57 gehoben (2020: 25) und das Team der speziell ausgebildeten Präventionsbediensteten bei Gewalt in der Privatsphäre von 530 auf 842 innerhalb eines Jahres verstärkt werden. Das Bundeskriminalamt unterstützt aber auch die NGOs bei ihrer Arbeit: 2020 wurden zusätzlich fünf Millionen Euro für Gewaltschutzzentren und Interventionsstellen in ganz Österreich ausbezahlt. Darüber hinaus wurden unterschiedlichste Gewaltpräventionsprojekte in Österreich mit einer Millionen Euro unterstützt. Seit Jänner 2022 ist das vorläufige Waffenverbot für weggewiesene Gefährderinnen und Gefährder in Kraft, im März 2022 wird der „Stille Notruf“ in Betrieb genommen und zudem der Supportbetrieb, der die einschreitenden Beamten bei Fällen von Gewalt in der Privatsphäre unterstützt, österreichweit ausgerollt.

Trend hält weiter an: Rückgang der Eigentumsdelikte

Große Auswirkungen hatte die Pandemie auch auf die Eigentumsdelikte, die um 20.000 Anzeigen auf 108.613 im Jahr 2021 gesunken sind. Einbruchsdiebstähle an öffentlichen Orten, Parkplätzen usw. sind ebenso rückläufig wie der Einbruch in den Wohnraum, der auf 4.691 Anzeigen gesunken ist. Das bedeutet einen Rückgang von über 10.000 Anzeigen in 10 Jahren. Selbiges Bild zeigt sich beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen: ein Rückgang von beinahe 20 Prozent auf 1.168 Anzeigen im Jahr 2021. Den signifikantesten Rückgang hat erneut der Taschen- und Trickdiebstahl zu verzeichnen, der – 2020 erstmals unter 10.000 Anzeigen – im Jahr 2021 erneut um fast 28 Prozent auf 6.923 Anzeigen gesunken ist. Vor 10 Jahren waren es noch über 35.000.

Rückfragen:

Bundeskriminalamt

Mag. Silvia Kahn, Leiterin des Büros für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Mobil: +43 664 264 07 13

Josef-Holaubek-Platz 1, 1090 Wien

silvia.kahn@bmi.gv.at

www.bundeskriminalamt.at

www.facebook.com/bundeskriminalamt

